

nisieren. Die Vorstände der LPG und die Gemeindevertretungen sind dafür voll verantwortlich. Dabei erwarten wir auch eine größere Hilfe durch die VdGB.

Es ist notwendig, für alle Genossenschaftsbäuerinnen und Genossenschaftsbauern entsprechend ihrer Tätigkeit differenzierte Schulungen durchzuführen, um ihnen die besten Methoden zur Erhöhung der Erträge der Feldwirtschaft, zur Ausnutzung der Reserven des Grünlandes, zur vollen Ausnutzung und Pflege der Technik, zur rationellen Fütterung und richtigen Organisation der Arbeit in den Viehställen zu übermitteln.

Dabei sollten Genossenschaftsmitglieder für spezielle Aufgaben der Produktion, wie zum Beispiel den Pflanzenschutz, die Meliorationsarbeiten, die Saat- und Pflanzguterzeugung, Milchleistungsprüfung usw., ausgebildet werden. Besondere Aufmerksamkeit ist auch der Ausbildung der Hauptbuchhalter und aller anderen Buchhaltungskräfte zu widmen.

Die Bäuerinnen und Mädchen sind in ihrer Weiterbildung durch spezielle Lehrgänge zu unterstützen, die sowohl ihrem bisherigen Bildungsniveau entsprechen als auch die Erfüllung ihrer Pflichten als Frau und Mutter gewährleisten. Es muß ihnen besonders geholfen werden, sich technische Kenntnisse, vor allem auf dem Gebiet der Innenmechanisierung, anzu eignen.

Das Ministerium für Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft und das Ministerium für Volksbildung sollten das System und die Methodik der landwirtschaftlichen Berufsausbildung so verändern, daß sie dem jetzigen und künftigen Entwicklungsstand der LPG entsprechen und garantieren, daß die Lehrlinge zu guten Genossenschaftsbauern qualifiziert werden. Dabei ist die politische und fachliche Weiterbildung der Lehrausbilder von großer Bedeutung.

Es ist notwendig, daß in den Kreisen eine einheitliche Leitung der Schulungsarbeit erfolgt und daß nicht die BED, DBD, VdGB, Gesellschaft zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse und andere Organisationen unabhängig voneinander die Schulung betreiben. Die Schulungspläne müssen unter Berücksichtigung der konkreten örtlichen Bedingungen auf der Grundlage der Beschlüsse der 8. und 14. Tagung des ZK der SED und des VII. Deutschen Bauernkongresses ausgearbeitet werden.

Die Kulturhäuser und Klubs sollten Zentren für die wissenschaftliche, technische und fachliche Qualifizierung der Werktätigen und für die Produktionspropaganda werden. Die jeweilig besten Kultureinrichtungen auf dem Lande sind zu Konsultationspunkten auszubauen, von denen ausgehend systematisch die besten Erfahrungen für alle Dörfer ausgewertet werden.

#### Kulturelle Massennarbeit

Die kulturelle Massennarbeit auf dem Lande spielt eine wesentliche Rolle bei der Entwicklung der neuen Klasse der Genossenschaftsbauern, der Entfaltung all unserer Fähigkeiten und Talente und der Entwicklung der bäuerlichen Persönlichkeit. Sie muß die Lösung unserer politischen und wirtschaftlichen Aufgaben in den Dörfern unterstützen. Unsere genossenschaftliche Zusammenarbeit in der Produktion ist durch die gemeinsame kulturelle Freizeitgestaltung, das Lernen in der Dorfakademie und die künstlerische Betätigung in Zirkeln und Interessengemeinschaften sinnvoll zu ergänzen. Dazu gehört auch die regelmäßige sportliche Betätigung der Landbevölkerung, insbesondere der Landjugend.

Es gehört zu den Aufgaben der Gemeindevertretungen, der Ausschüsse der Nationalen Front und aller gesellschaftlichen Organisationen des Dorfes und der Kulturschaffenden, ein reichhaltiges und interessantes Kulturleben in den Dörfern zu entwickeln. In unseren Dörfern gibt es sehr viel talentierte und künstlerisch befähigte Menschen. Ihnen dabei stärkere Unterstützung zur Entwicklung der Arbeit der Laienspielgruppen, Chöre, Tanz- und Musikzirkel sowie der dramatischen Zirkel zu geben, ist Aufgabe der gesellschaftlichen Organisationen und der Kulturschaffenden. Gleichzeitig erwarten wir von den Schriftstellern, vom Fernsehen, von der DEFA und von den Theatern, daß sie die Probleme und Konflikte im sozialistischen Dorf durch gute Laienspiele, Fernsehfilme, Filme, Theaterstücke usw. lösen helfen.

#### Die Deutsche Demokratische Republik gibt das Beispiel für ganz Deutschland

Die Beratungen der Delegierten unseres VII. Deutschen Bauernkongresses waren getragen von der großen Verantwortung für das Schicksal auch der westdeutschen Bauern.

In Westdeutschland entwickeln sich unter imperialistischer Herrschaft kapitalistische Großbetriebe in der Landwirtschaft auf Kosten der Klein- und Mittelbauern, die im Verlaufe der letzten 15 Jahre zu Tausenden Land, Haus und Hof an die Großgrundbesitzer und Großbauern verloren haben und verlieren. Die Bonner Agrarpolitik ist vollkommen den Interessen des mit den USA-Imperialisten verflochtenen westdeutschen Finanzkapitals untergeordnet. Die imperialistischen Machthaber, deren Herrschaft bei uns für immer beseitigt ist, herrschen heute noch in Westdeutschland und setzen dort die Politik der Revanche, der Kriegsvorbereitung und der Ruinierung der werktätigen Landbevölkerung fort. Seit Jahren betreiben die westdeutschen Finanzkapitalisten eine ökonomische, politische und militärische Expansionspolitik im Interesse der Sicherung ihrer Vorherrschaft in Westeuropa und der Vorbereitung eines Aggressionskrieges gegen die sozialistischen Länder. Alle agrarpolitischen Maßnahmen des Bonner Regimes dienen diesem Ziel. Unter dem Deckmantel einer sogenannten Strukturverbesserung und Herstellung eines gemeinsamen Agrarmarktes in der „Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft“ organisieren diese unverbesserlichen Feinde des deutschen Volkes ein bisher in der Geschichte Deutschlands noch nie dagewesenes Bauerlegen. Mehr als 400 000 Wirtschaften werktätiger Bauern fielen bereits dieser Politik zum Opfer. Der jüngste Schritt dieser antinationalen, reaktionären, bauernfeindlichen Politik sind die Brüsseler Beschlüsse zur weiteren Unterjochung der westdeutschen Landwirtschaft unter den Stiefel der NATO.

Während in der DDR zur Vorbereitung des VII. Deutschen Bauernkongresses eine große Diskussion über die gute genossenschaftliche Arbeit zur Mehrung des Wohlstandes der Bauern und der ganzen Bevölkerung geführt wurde, ist auf der Konferenz der EWG-Staaten in Brüssel das Todesurteil über weitere 800 000 westdeutsche Bauernhöfe mit 1,5 Millionen Menschen gesprochen worden. Dieses großangelegte Bauernschlachten durch die Monopole liefert die westdeutschen Bauern erbarmungslos dem Konkurrenzkampf auf dem „EWG-Agrarmarkt“ aus. Die Bonner Politik gefährdet nicht nur die Existenz der Klein- und Mittelbauern, sondern auch vor vielen Großbauern steht heute schon die Frage, ob sie übrigbleiben oder nicht.